

# „Setze auf enge Partnerschaft“

Gesundheitsminister Dr. Markus Söder bei Vertreterversammlung der KZVB

*Breiten Konsens bei den Beschlüssen, kritische Worte Richtung Gesundheitspolitik und neue Erkenntnisse über die Zusammenhänge zwischen Gesundheitsfonds und dem Fernsehprogramm bei Gesundheitsminister Dr. Markus Söder gab es während der ordentlichen Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB) am 14. und 15. November im Münchner Zahnärztheaus.*

Wie wichtig ihm die Zusammenarbeit mit der KZVB ist, signalisierte Bayerns neuer Gesundheitsminister, Dr. Markus Söder, mit seinem Besuch im Münchner Zahnärztheaus. Nur wenige Tage war Söder nämlich erst in seinem neuen Amt und gerade mit dem Studieren des Vertragsarztrechts fertig (Söder: „Dagegen sind selbst europäische Verfassungsverträge Belletristik“). Dennoch ließ er es sich nicht nehmen, die Vertreterversammlung der KZVB zu besuchen und ein anschließendes politisches Gespräch mit Dr. Janusz Rat, Vorsitzender des Vorstandes der KZVB, zu führen (siehe *kzvb* TRANSPARENT 22/2008). Mit seinem Kommen, so der Minister, wolle er ein Zeichen setzen. Schließlich sei er als promovierter Jurist ein überzeugter Anhänger der freien Berufe. „Dem Wunsch, den freien Beruf als Teil einer Bürokratie zu implementieren, müssen wir widerstehen“, sagte er. Die derzeitige Entwicklung im Gesundheitswesen gehe jedoch in eine andere Richtung – und zwar in Richtung „freiberufliche Staatsmedizin“. „Gegen diese Tendenz müssen wir uns stärker wehren als bisher“, so Söders Appell. Unterstützung fand der Gesundheitsminister in diesem Punkt bei der Vertreterversammlung der KZVB, die in einem einstimmig beschlossenen Antrag erklärt hatte, Bayern müsse „ein Bollwerk der föderalen Struktur der Bundesrepublik bleiben und darf den fortschreitenden Zentralismus nicht unterstützen“. Mit dem Gesundheitsfonds, sagte Dr. Janusz Rat, sei jedoch ein zentralistisches Instrument geschaffen worden. Seit Bekanntwerden des Gesundheitsfonds habe sich die KZVB engagiert gegen dessen Einführung eingesetzt. Rat kritisierte nicht nur Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt

wegen deren Verantwortung für den Fonds, sondern auch die CSU im Bundestag. Trotz vieler Interventionen sei die bayerische Schwesterpartei der CDU nicht bereit gewesen, die bayerischen Interessen zu vertreten und sich gegen den Fonds einschließlich der „ominösen“ Konvergenzklausel auszusprechen. „Es geht im Bundestag eben nicht um das Gesundheitswesen, sondern um den Erhalt der Großen Koalition – koste es, was es wolle“, konstatierte Rat.

Der Gesundheitsminister verglich den Kompromiss, den CDU/CSU und SPD mit dem Gesundheitsfonds eingegangen sind, mit dem Fernsehabend sonntags bei Familie Söder. „Meine Frau möchte ein anderes Programm sehen als ich. Wir haben allerdings den Vorteil, dass wir uns nicht einigen müssen, weil wir zwei Fernseher haben. Die Große Koalition musste sich aber auf ein Programm in einem Fernseher einigen“, sagte Söder und betonte die Schwierigkeit einer Großen Koalition, in der zwei „scheinbar unvereinbare Philosophien“ aufeinanderträfen. Söder machte deutlich, dass der Fonds sauber umgesetzt werden müsse und die Bayerische Staatsregierung genau beobachten werde, ob er in der Praxis funktioniert. Dazu gehöre auch, dass die Konvergenzklausel eingehalten wird. „Es kann nicht sein, dass am Ende Bayern benachteiligt wird, nur weil wir gut gewirtschaftet haben“, sagte der Minister gegenüber den Delegierten der Vertreterversammlung.

## **Söder: Budgetierung abschaffen**

Söder sprach sich zudem für mehr Ehrlichkeit im Gesundheitswesen aus: „Wenn wir im Gesundheitswesen den Eindruck vermitteln, dass die Ver-



Fotos: KZVB

„Wenn die Vertragszahnärzte das Ende der bisherigen Budgetierung fordern, dann haben sie recht“: Dr. Markus Söder hat Verständnis für die Forderung der Vertreterversammlung, die Budgetobergrenzen abzuschaffen.

sicherten alle Leistungen umsonst haben können, dann ist das unehrlich.“ Deshalb sei es seine Grundphilosophie, dass man den freien Berufen, zu denen auch die Zahnärzte gehören, Luft zum Atmen lassen müsse, damit sie ihre Tätigkeit ausüben können. Dazu gehöre eine gerechte Entlohnung. „Wenn wir in Bayern stets betonen, die Gesundheitswirtschaft sei für die bayerische Wirtschaft von großer Bedeutung, dann müssen wir denjenigen ein Anreizsystem geben, die diese hohen Leistungen erbringen“, so Söder. Die Budgetierung im zahnärztlichen Bereich sei daher kein geeignetes Instrument für die Zukunft. „Wenn die Vertragszahnärzte das Ende der bisherigen Budgetierung fordern, dann haben sie recht“, sagte der vierfache Familienvater und versprach, dass sich die Bayerische Staatsregierung weiterhin dafür einsetzen werde, die Budgetbegrenzung abzuschaffen.

Auch der von der KZVB heftig kritisierte Entwurf für eine neue Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) entspricht laut Söder nicht den Vorstellungen der Bayerischen Staatsregierung. „Die alte GOZ ist ein anachronistisches Instrument“, so der 41-Jährige. Sie berücksichtige nicht die Behandlungsmöglichkeiten, die der medizinisch-technische Fortschritt bietet. Daher müsse der jetzt vorliegende Referentenentwurf noch geändert werden. Eine Forderung, die der Vorsitzende des Vorstandes der KZVB, Dr. Janusz Rat, gerne gehört hat. Seiner Meinung nach sei der Referentenentwurf eine Desavouierung der Heilberufsangehörigen. „Diese GOZ ist entwürdigend und nicht akzeptabel“, kritisierte er.



Wie wichtig ihm die Zusammenarbeit mit der KZVB ist, signalisierte Bayerns neuer Gesundheitsminister, Dr. Markus Söder (Mitte), mit seinem Besuch im Münchner Zahnärztheaus. Dr. Janusz Rat (rechts), Vorsitzender des Vorstandes der KZVB, und sein Stellvertreter Dr. Martin Reißig nehmen das Angebot zur Kooperation gerne an.

Trotz des Ärgers über die gesundheitspolitischen Entwicklungen zeigte sich Rat darüber erfreut, dass Söder die Sorgen und Anliegen der bayerischen Vertragszahnärzte ernst nimmt – wie auch Christa Stewens, ehemalige Bayerische Sozialministerin. „Wir hatten in Bayern mit Christa Stewens eine hervorragende Sozialministerin, die durch Fachkenntnis überzeugte und Verständnis für die Belange der bayerischen Vertragszahnärzte hatte“, sagte Rat und unterstrich damit das besondere Verhältnis zwischen KZVB und Stewens. Weiter erklärte er: „Hätten alle Bundesländer Sozialminister gleichen Kalibers, hätten wir in Deutschland eine andere Gesundheitspolitik.“ Rat hofft, dass die Zusammenarbeit mit dem neu geschaffenen Ministerium für Umwelt und Gesundheit weiterhin so gut verlaufe wie es beim Sozialministerium der Fall war. Dass dies auch von politischer Seite gewollt ist, zeigt Söders Eintrag im Gästebuch der KZVB: „Setze auf enge Partnerschaft“.

#### **Klare Beschlüsse**

In ihren Beschlüssen erteilte die Vertreterversammlung dem Referentenentwurf zur neuen GOZ, der Online-Anbindung der elektronischen Gesundheitskarte, dem Gesundheitsfonds und dem Basistarif eine klare Absage. Konsens bestand auch hinsichtlich der Forderung, die veralteten Budgetobergrenzen abzuschaffen. Die notwendigen Mittel zur zahnärztlichen Versorgung müssten den Paradigmenwechsel zur präventionsorientierten Zahnheilkunde berücksichtigen. Die Grundlohnsummenanbindung berücksichtige nicht die allgemeinen und zahnarzt-spezifischen Kostensteigerungen und lasse keine angemessene Steigerung der Honorare zu. Des Weiteren hat die Vertreterversammlung die bayerischen Vertragszahnärzte vor dem Abschluss von Einzelverträgen mit Krankenkassen und Managementgesellschaften oder dergleichen gewarnt. Ziel dieser Vertragsmodelle sei die Spaltung des Berufsstandes, um den Druck auf die einzelnen Zahnärzte erhöhen zu können. In einem mit deutlicher Mehrheit verabschiedeten Antrag empfiehlt die Vertreterversammlung der gesetzlich krankenversicherten bayerischen Bevölkerung, eine Krankenversicherung zu wählen, die ausreichende Finanzmittel für die zahnmedizinische Versorgung zur Verfügung stellt.

Katja Voigt